

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 10

Artikel: Sprengstoff Parteitag
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338273>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Richard Lienhard

Sprengstoff Parteitag

Wenn sich die «Neue Linke» vornimmt, durch ihre Proteste und Erinnerungen solche von der Realpolitik ignorierte oder unterdrückte Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, übt sie eine durchaus legitime und nützliche Funktion aus, die später auch der Realpolitik selbst zugutekommen kann. Die Geschichte ist zu voll von Beispielen falscher politischer Entscheidungen, die Spannung zwischen Tagespolitik und Idee ist zu prinzipiell und unaufhebbar, um kleinen Gruppen das Recht absprechen zu können, ihr abweichendes oder der Entwicklung vorgreifendes Votum abzugeben und dadurch Impulse für die Ermöglichung einer besseren Politik zu liefern.

Dr. Norbert Leser in «Die Zukunft» (Organ der SPÖ)¹

Professor F. Marbachs Artikel unter dem Titel «Warum wir stagnieren»² gibt mir den willkommenen Anlass, auf den Bieler Parteitag näher einzugehen und damit einige Grundsatzfragen sozialdemokratischer Politik zur Diskussion zu stellen. Wenn irgendwo, dann ist in unserm Blatt für die Beantwortung solcher Fragen Raum zu geben; denn die sozialdemokratische Tagespresse mit ihrer verständlichen Rücksichtnahme auf den eiligen Leser sieht sich zusehends ausserstande, Grundsatzprobleme ausführlich zu behandeln.

Professor Marbach stellt zunächst angesichts des Geschehens im Rahmen des betreffenden Parteitages die Frage: Ist

¹ Norbert Leser, geb. 1933, ist Dozent an der Universität Salzburg. Er hat sich dank hervorragender Publikationen über die Grenzen Österreichs hinaus einen Namen gemacht. In der Schweiz wurde er vor allem durch das Werk «Begegnung und Auftrag» bekannt.

² Vgl. «Profil» Nr. 9/70.

der schweizerische Parteitag bisheriger Durchführung noch zeitgemäss?

Grundsätzlich ist nichts einzuwenden gegen den Versuch, Formen und Traditionen unserer Partei in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Eine Partei, die sich darum bemüht, konservative Elemente in einer Gesellschaft aufzuzeigen und zu überwinden, kommt nicht darum herum, auch vor der eigenen Türe zu wischen. Nicht einzusehen ist aber, weshalb aus Verärgerung über gewisse Vorkommnisse in Biel ausgerechnet die Institution des Parteitages in Frage gestellt werden soll. Wem fällt es ein, hinter die Demokratie ein Fragezeichen zu setzen, nur weil ihre Institutionen gegen Missbräuche nicht gefeit sind. Wer sich uneingeschränkt zur Demokratie bekennt, muss auch mit den damit verbundenen Risiken leben können. Das gleiche gilt für die innerparteiliche Demokratie. Ich zähle sie zu den unbestrittensten Gütern unserer Partei. Als demokratische Volkspartei muss sie verschiedene Gesichtspunkte und Überzeugungen berücksichtigen. Es darf vielleicht in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass in der Erklärung der Sozialistischen Internationale (beschlossen in Frankfurt am Main am 3. 7. 1951) in Ziffer 11 ausdrücklich vermerkt ist:

«Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.»

Die vorgenannte Erklärung wurde denn auch immer mit Recht zum integrierenden Bestandteil unseres Parteiprogramms erklärt. Das heisst aber nichts anderes, als dass den verschiedenen Gruppierungen in unserer Partei die Möglichkeit zu geben ist, sich an der Meinungsbildung zu beteiligen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, auf jede Stimme zu hören und sich mit ihr auseinanderzusetzen. Diese innerparteiliche Diskussion sollte aber nicht abgebremst, sondern im Gegenteil gefördert werden. Nur auf Grund eines solch offen geführten Dialogs lassen sich Programm und Richtung der Partei bestimmen. Dies mag hier als Binsenwahrheit erscheinen. Sie muss aber immer wieder zum Ausdruck gebracht werden, weil heute die Gefahr besonders gross ist, dass durch manipulierten Konformismus die demokratische Willensbildung in der Partei gefährdet wird.

Der Parteitag kann und soll somit nichts anderes sein als die Stätte des offen geführten Dialogs. Gewiss gibt es nicht wenige – vor allem ältere – Parteifreunde, die lebhaften oder gar stürmischen Auseinandersetzungen am Parteitag kritisch gegenüberstehen. Diese Genossen sehen ihr Ideal in einem Parteitag, der nach aussen den Eindruck möglicher Geschlossenheit erweckt. Demgegenüber muss aber darauf verwiesen werden, was der eher am rechten Flügel der SPD stehende Leiter der Georg-von-Vollmar-Akademie, Waldemar von Knoeringen, in dem glänzenden Werk «Mobilisierung der Demokratie» ausgeführt hat:

«Die Sorge, dass kontroverse Diskussionen in der Partei ihr Ansehen schädigen könnten, kommt noch aus einer Zeit, in der sich Weltanschauungsparteien als geschlossene politische Kampfgruppen einander gegenüberstanden. *Heute wird eine Partei um so mehr als demokratisch und reformwillig betrachtet werden können, je offener und sachlicher politische Meinungsverschiedenheiten und Richtungskämpfe in ihr ausgetragen werden können.*» (Von Red. hervorgehoben)

Diesen Worten ist in der Tat nichts mehr beizufügen.

Völlig verfehlt ist aber auch der etwa angestellte Vergleich mit Tagungen bürgerlicher Parteien. Konservative politische Kräfte – wie sie die bürgerlichen Parteien unseres Landes massgebend bestimmen – haben es hier leichter. Sie können sich damit begnügen, einfach ihre Interessen zu verfechten und brauchen sich nicht um die Entwicklung einer zukunftsgerichteten Gesellschaftsidee zu bemühen. Für solche Kräfte bedeutet es kein Kunststück, an Parteitag eine Geschlossenheit nach aussen zur Schau zu tragen. Eine Partei aber, die nach ihrem Grundwollen auf die Veränderung und Verbesserung bestehender Verhältnisse eingestellt ist, braucht sich nicht zu genieren, wenn an ihren Parteitag Meinungsverschiedenheiten und Richtungskämpfe zum Ausdruck kommen; denn diese sind ja nichts anderes als die Widerspiegelung der Gesamtproblematik unserer Gesellschaft. Daraus folgt: So wenig wir Sozialdemokraten ein Interesse an lauen Wahlen haben können, so wenig wünschen wir uns laue Parteitage, an denen sich alt und jung in den Armen liegen. Verfehlt wäre es auch und käme einer argen Selbsttäuschung gleich, wollte man die an einem Parteitag manifest werdenden Gegensätze einfach überkleistern, etwa im Sinne der Heurigen-Philosophie: «Demokraten son wer alle.» «Keine Angst, wenn es ein bisschen donnert und blitzt», so schrieb einmal der Chefredaktor der «AZ» Wien, Franz Kreutzer, nach einer stürmisch verlaufenen sozialdemokratischen Tagung. «Der Boden dürrstet; denn es waren ein paar trockene Jahre.»

Auch die schweizerische Sozialdemokratie kann auf Zeiten trockener Jahre zurückblicken. Sie haben uns nichts, aber auch gar nichts eingebracht, es sei denn die Stagnation, von der Professor Marbach spricht.

Die Funktion der jungen «Rebellen» in unserer Partei

Professor Marbach nimmt in seiner Kritik am Bieler Parteitag deutlich Kurs gegen die «extreme Linke», die «intellektuelle Linke», die «Superlinke», die «Bieler Jungtürken», die «wilde Linke». Mit diesen Etiketten wird er aber der Opposition, wie sie am Bieler Parteitag auftrat, nicht gerecht. Ich habe gegenüber Professor Marbach den Vorteil, dass ich an diesem Parteitag teilnehmen durfte, und auf Grund meines Eindrucks glaube ich, den von mir im übrigen sehr geschätzten Mitarbeiter aus Bern beruhigen zu dürfen: Die weit überwiegende Zahl der jugendlichen Op-

ponenten dürfte eher der «Vereinigung junger Sozialdemokraten» als etwa der «Neuen Linken» zuzuzählen sein. So sass ich – wenn auch nicht als Delegierter, sondern als Gast – inmitten der Vertreter «meiner» Sektion. Es handelte sich fast durchwegs um junge Parteimitglieder, die nicht verhehlten, in welche Richtung ihre Sympathie geht. Insofern waren sie gewiss nicht ganz repräsentativ für ihre Parteisektion. Ich glaube in der Lage zu sein, mir über diese meine Parteifreunde aus Zürich 11 ein Urteil bilden zu dürfen. Sie bekennen sich mit Überzeugung zur Sozialdemokratie, sind aber der Meinung, dass Anzeichen einer gewissen Sterilität und eines Hangs zum Konservativismus in unserer Partei vorhanden seien. Diese Vertreter der jungen Generation stehen auf dem Boden der Demokratie, halten aber dafür, dass diese Demokratie einer Fortentwicklung bedürftig sei, indem die Demokratisierung über die reine Rechtssphäre hinaus das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben durchdringen sollte. Gerade dieses Zielbild, so glauben sie, sei von der «alten Linken» in letzter Zeit zu wenig energisch verfolgt worden. Sie lassen sich auch nicht von der Auffassung abbringen, dass nicht wenige Repräsentanten der Sozialdemokratie Opfer der Resignation geworden seien: mit dem Ergebnis, dass es in der Sozialdemokratie zu wenig scharfe Konturen und zu wenig klare Alternativen gebe. Sie betrachten sich als nüchterne Schweizer, die grauen Theorien und überholten Dogmen abhold sind. Sie wollen sich aber nicht mit Pragmatismus und Praktizismus begnügen. Sie lassen nämlich nicht von der Überzeugung, dass keine Gesellschaftsreform ohne einen Schuss Utopie auskommen könne, weil erst die vom Konformismus als utopisch abgestempelte Geisteshaltung den Durchbruch ins gesellschaftliche Neuland ermögliche. Deshalb halten diese Jungen dafür, dass die Erneuerung des Sozialismus zur permanenten Aufgabe der Partei werden müsse und immer wieder auf die Parteitageordnung zu setzen sei.

Gewiss mag solch ungenierte Kritik seitens der jungen Generation für viele provozierend wirken. Trotzdem muss überraschen, mit welcher Empfindlichkeit hie und da in unserer Partei gegenüber dem Auftreten von Jungsozialisten reagiert wird. Es ist noch nicht allzu lange her, dass man landauf und landab bewegt Klage darüber geführt hat, dass sich die Jungen nicht für Politik interessierten. Jetzt, da sie sich interessieren, sind wir böse.

Selbst wenn man etwa mit Professor Marbach die opponierenden Jungen des Bieler Parteitages als Vertreter einer «Neuen Linken» bezeichnen wollte, so dürfte die Verärgerung über das Auftreten dieser Gruppe junger Menschen noch nicht dazu führen, ihre Funktion innerhalb der Partei zu übersehen. Diese Kritik der Jungen, mag sie noch so pauschal formuliert sein, zwingt jedenfalls die Vertreter der traditionellen Linken dazu, ihre Position stets erneut zu überprüfen. Oder haben wir uns der Dialektik, dem vorwärtstreibenden Element politischer Entwicklung, so sehr entfremdet, dass wir diese Denkmethode überhaupt nicht mehr in Betracht

ziehen? In der Stunde, da die zeitgenössische Diskussion um Grundsatzfragen nahezu zum Stillstand gekommen ist, sollten wir über jede Belebung und über jeden Impuls froh sein, von welcher Seite er auch kommen mag; deshalb halte ich dafür, dass die bösen Linksintellektuellen und Nonkonformisten nicht zu voreilig und zu pauschal verketzert werden sollten. Oder ist Professor Marbach der Meinung, dass die Impulse aus der Arbeiterschaft genügen, um alle langfristigen Zielvorstellungen, wie sie für eine linke Gesellschaftspolitik unabdingbar erscheinen, zu verwirklichen?

Freilich wird den Vertretern der jungen Sozialdemokraten und erst recht der «Neuen Linken» der Vorwurf gemacht, sie liesse selbst klare Vorstellungen und Alternativen vermissen. Dieser Einwand, dem eine gewisse Berechtigung nicht abzuspochen ist, trifft indessen die Sache noch nicht. Es war wieder Norbert Leser³, der sich unlängst in der «Zukunft» mit diesem Einwand auseinandergesetzt hat. Dabei kommt er zum überzeugenden Schluss:

«Auch wenn man die von der «Neuen Linken» gelieferten Antworten und Alternativen als unbefriedigend und nicht ausgereift empfindet, muss man zugeben, dass ihre Fragestellungen in Neuland vorstossen und Antworten anvisieren, die die erstarrten politischen Denkformen und Institutionen schuldig geblieben sind.»

Berechtigte Forderungen

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, einmal mit wohlthuender Distanz einen Blick auf die SPD zu werfen. Die von Willy Brandt, Otto Brenner und Karl Schiller herausgegebene Zeitschrift «Die Neue Gesellschaft» spiegelt wider, wie hart dort die Auseinandersetzung zwischen Parteiführung und Jungsozialisten geführt wird. Wenn das genannte Organ auch mit ihren Jungen hart ins Gericht geht, kommt es nicht darum herum, auch deren berechtigte Forderungen anzuerkennen. Es fehlt uns der Raum, hier näher darauf einzutreten. Es kann indessen auf die zitierte Quelle verwiesen werden.⁴

Aber auch dort, wo die Kritik der «Jungtürken» zu wenig klar formuliert erscheint, lohnt es sich, ihr auf den Grund zu gehen. Man wird

³ Bei Norbert Leser handelt es sich nicht etwa um einen Vertreter der «Neuen Linken». Er steht vielmehr als liberaler Sozialist eher auf dem rechten Flügel der SPÖ und ist vor allem durch seine scharfe Kritik am Austromarxismus bekannt geworden (vgl. «Neues Forum», Heft 186/187 1969, S. 439 ff.). Dies hat ihm im «Forum» Günther Nennings den Titel «Rosaroter Norbert Leser» eingetragen.

⁴ Vgl. insbesondere «Die Neue Gesellschaft», Nr. 2/70, S. 219 ff. Nr. 3 dieser Zeitschrift berichtet sodann über ein Interview mit Bundeskanzler Bruno Kreisky, aus welchem hervorgeht, dass es auch die Jungen der SPÖ verstehen, der Partei Sauerstoff zu liefern.

dann entdecken, dass die vielfach im Unbestimmten steckengebliebene Kritik oft Ausdruck eines berechtigten Unbehagens ist. Aus Platzgründen muss ich mich mit einem einzigen Beispiel begnügen:

Der in unserem Land herrschende Wohlstand – von dem auch Professor Marbach am Ende seiner Ausführungen spricht – wird von jungen Sozialdemokraten oder Jungsozialisten nicht immer so ernst genommen, wie es die Apostel der «Gesellschaft im Überfluss» gerne sehen würden. Der Vorbehalt seitens der Jungen gegenüber dem Wohlstand wird indessen häufig missverstanden. Ihre Kritik richtet sich nicht so sehr gegen den Wohlstand an sich, sondern gegen eine Ordnung, in welcher die materiellen Werte zuoberst und die ideellen zuunterst rangieren. Daher kommt es, dass schon heute viele Jugendliche – und vielleicht die besten unter ihnen – den Erwerb eines Luxusfahrzeugs oder eines andern Komforts nicht mehr als die Erfüllung ihrer Lebensträume betrachten. Diese Jugend ahnt wohl etwas davon, dass die von unserer Industriegesellschaft so geförderte und gepriesene Konsumgesellschaft zwar die Pseudofreiheit vermittelt, nach Belieben zu konsumieren (soweit die nötigen finanziellen Mittel vorhanden sind). Die Kehrseite besteht indessen darin, dass der Mensch hier zusehends zum Sklaven der von dieser Gesellschaft geförderten Bedürfnisse wird. Schon Karl *Marx* hatte es richtig erkannt: «Die Produktion von zu vielen nützlichen Waren führt zur Schöpfung von zu vielen nutzlosen Menschen.»

Memo an die Jungsozialisten

Wenn die Jungsozialisten beanspruchen, beim Dialog mit den Vertretern der konventionellen Linken ernst genommen zu werden, darf von ihnen auch ein Minimum an Selbstkritik, Selbstdisziplin und aktiver Toleranz erwartet werden. So könnte ihre Politik an Glaubwürdigkeit nur gewinnen, wenn sie ihren kritischen Sinn auch gegenüber den Auffassungen der revolutionären Linken schärften. So wurden am Bieler Parteitag von einer Gruppe linksradikaler Rebellen Thesen verfochten, die von wenig Demokratieverständnis zeugten. In dieser Hinsicht ist die Kritik von Fritz Marbach durchaus berechtigt. Insbesondere scheint mir die These von der «doppelten Legalität» als ein Monstrum, das im krassen Widerspruch steht zu den demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien, auf welchen das unverwechselbare politische Ethos der SP beruht. Ein Blick in die Geschichte der Arbeiterbewegung sollte auch den letzten der Jungsozialisten darüber belehren, wohin der Weg einer Partei führt, wenn sie sich einer revolutionären Rhetorik verschreibt, hinter der weder Wille noch Macht zur wirklichen Revolution steht. Ein überzeugendes Beispiel dafür zeigt uns die Geschichte der SPÖ zwischen den beiden Weltkriegen. Norbert *Leser* hat dies in seinem Werk «Zwischen Reformismus und Bolschewismus»⁵ glänzend dargestellt. Im Gegensatz zur revolutionären Phraseologie

⁵ «Der Austromarxismus als Theorie und Praxis». Europa Verlag Wien.

von Otto Bauer hatte Karl Renner rechtzeitig, aber vergeblich darauf hingewiesen, welcher gefährlichen Widerspruch es bedeutet, immer von Revolution zu reden, um dann zugeben zu müssen, dass man sie nicht machen könne. An diesem innern Widerspruch ihrer Politik musste die SPÖ scheitern, so dass sie schliesslich aufhörte, eine bestimmende politische Kraft zu sein. Die moderne SPÖ unter der Leitung des Reformers Kreisky hatte aus dieser Geschichte die richtige Lehre gezogen.

Von diesem Zwiespalt zwischen Wort und Tat war aber auch die schweizerische Arbeiterbewegung nie ganz frei. Die Geschichte dieses Zwiespalts ist noch nicht geschrieben. Die Jungsozialisten wären gut beraten, wenn sie sich davor hüteten, die Sünden ihrer Väter zu wiederholen.

Zur Selbstdisziplin zähle ich schliesslich die Verpflichtung der Jungsozialisten, auch in den eigenen Reihen für Ordnung zu sorgen. Wer sich berufen fühlt, Kritik an der Ordnung bzw. Unordnung der Gegner zu üben, darf es sich nicht leisten, gegenüber der eigenen Ordnung unkritisch zu bleiben. Dazu zähle ich vor allem die Selbstdisziplin, die es erst ermöglicht, eine Demonstration – sei es auf der Strasse oder an einem Parteitag – so diszipliniert wie möglich zu gestalten. Nur auf diese Weise lässt sich die Solidarisierung weiterer Bevölkerungsteile erreichen. Die neueste Geschichte der Jugendrevolten spricht da eine deutliche Sprache.

«Warum wir stagnieren»

Nicht teilen kann ich daher Professor Marbachs Auffassung über die Ursachen der Stagnation in unserer Partei. Er sieht die Gründe hierfür im Aufkommen linksradikaler Strömungen in unserer Partei sowie in der Tatsache, dass ihnen das Partei-Establishment nicht deutlich genug entgegengetrete.

Nun scheint mir aber dieser Vorwurf an die Adresse der Parteiführung fehl am Platz. Deren Aufgabe besteht ja in erster Linie darin, der Integration der verschiedenen Meinungen zu dienen. Selbstverständlich soll die Parteiführung eingreifen, wo Auffassungen vertreten werden, welche an den unverzichtbaren und unverlierbaren Grundsätzen der Sozialdemokratie rühren. Dies hat aber Parteipräsident *Dr. A. Schmid* gegenüber dem Referat von Nationalrat J. Ziegler mit aller Deutlichkeit getan.

Die Frage ist doch vielmehr die: Wie erklären sich die betreffenden radikalen Strömungen? *Dr. Hans Apel*, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, sah sich kürzlich in der «Neuen Gesellschaft» zu folgender bezeichnenden Feststellung genötigt: «*Radikale Strömungen sind das Salz der Demokratie. Sie können die Demokraten aus ihrem Schlaf wecken und zu neuen Anstrengungen bringen.*»

Damit soll nicht gesagt werden, die Sozialdemokraten pflegten im politischen Raum zu schlafen. Die Frage ist aber, ob wir selbst in Theorie und Praxis immer radikal genug waren (radikal natürlich im ursprüng-

lichen Sinn des Wortes verstanden und nicht im Sinne von pseudoradikal). Um noch konkreter zu werden, sei die Frage erlaubt: Waren wir immer radikal genug bei der Verfechtung und Förderung der Freiheits- und Fortschrittstendenzen in unserer Gesellschaft? Hier, so scheint es mir, dürften die tiefen Ursachen der Stagnation zu suchen sein. Deshalb sollten wir radikale Strömungen nicht einfach als missliebige und störende Erscheinungen begreifen. Sie sollten uns vielmehr Anlass bieten, radikal mit unserer eigenen Politik ins Gericht zu gehen, statt sie zu konservieren.

Elisabeth Alder

Mit Edgar Bonjour die Vergangenheit bewältigen?

Seit einigen Monaten gibt es neueste Schweizer Geschichtsschreibung – wobei sich das «neueste» auf den Gegenstand, nicht etwa auf die Methode bezieht. Edgar Bonjour hat zwei der drei angekündigten Bände der «Geschichte der schweizerischen Neutralität», die sich auf die Zeit des Zweiten Weltkrieges beziehen, der Öffentlichkeit vorgelegt. Der Basler Historiker erfüllt damit einen Auftrag des Bundesrates aus dem Jahre 1962, einen Auftrag, der von Spürsinn für Marktlücken zeugt – ein Blick auf helvetische Bestsellerlisten beweist es.

Tausende von Schweizern haben sich – «heroischer Vergangenheit» eingedenk – «ihren» Bonjour erstanden. Manche werden ihn auch gelesen haben.

Echo im Schweizerland

Wo immer sich in den Massenmedien das Gespräch um Edgar Bonjours Bücher dreht, geschieht das in ähnlicher Dimension und Beschränkung. Nicht die jüngere Generation, die sich mit fast aktuellen Problemen auseinandersetzen sollte (um die Weichen des öffentlichen Lebens zumindest bewusster, wenn nicht besser zu stellen), wird aus dem Busch geklopft: Fast ausnahmslos meldet sich die lorbeerbeladene Generation, die das rotweisse Bötchen durch die braunen Fluten gesteuert hat, zu Wort. Diese ehrbaren Männer sind (leider) ausserordentlich beflissen, Fäktlein und Geschehnissen dritten und vierten Ranges zum grossen Zeitgemälde beizusteuern, vergessen darob das eigentlich Wichtige – und zeigen sich